

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	141
		TOP:	11
	Verhandlung	Drucksache:	424/2023
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	22.06.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Faßnacht / th		
Betreff:	Sicherstellung des Dienstbetriebs im Sozialamt - Ermächtigungen		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 19.06.2023, öffentlich, Nr. 67
Ergebnis: Vertagung
Verwaltungsausschuss vom 10.05.2023, öffentlich, Nr. 192
Gemeinderat vom 11.05.2023, öffentlich, Nr. 111
jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung
Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 19.06.2023, öffentlich, Nr. 90
Verwaltungsausschuss vom 21.06.2023, öffentlich, Nr. 329
jeweiliges Ergebnis einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 15.05.2023, GRDRs 424/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von den aktuellen Entwicklungen im Sozialamt aufgrund diverser Reformprozesse und den Auswirkungen aus der Bewältigung multipler Krisen wird Kenntnis genommen.
2. Mehrere zum Teil sehr kurzfristige und komplexe Reformprozesse sowie die Bewältigung multipler Krisen (Flüchtlingskrise, Energiekrise, etc.) und damit verbundene verwaltungsinterne Organisationsänderungen führen in den nachstehenden Abteilungen des Sozialamts zu einem vordringlichen Personalmehrbedarf im Umfang von insg. 5,0 VZK. Diese verteilen sich folgendermaßen:

- 2.1 In der Abteilung Verwaltung
1,0 VZK in EG 11 TVöD für die Personalentwicklung
1,0 VZK in EG 10 TVöD für die Sachbearbeitung Organisation
- 2.2 In der Abteilung Flüchtlinge
1,0 VZK in EG 13 TVöD für die Koordination Geflüchteter und Wohnungsnotfallhilfe
- 2.3 In der Abteilung Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit Behinderung - Eingliederungshilfe
1,0 VZK in EG 11 TVöD für die Sachbearbeitung Recht, Qualität und Vergütung
1,0 VZK in EG 11 TVöD für die Sachbearbeitung Verträge und Vergütungen
3. Von diesen vordringlichen zusätzlichen Personalmehrbedarfen wird Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird ermächtigt, ab sofort Personal im Umfang von insg. 5,0 VZK (Beschlussziffer 2.1 - 2.3) außerhalb des Stellenplans einzustellen. Alle Ermächtigungen sind bis 31.12.2023 befristet. Über etwaige Stellenschaffungen ist im Rahmen des Stellenplanverfahrens 2024/2025 zu entscheiden.
4. Eine unbefristete Ausschreibung und Besetzung aller Ermächtigungen ist möglich, sofern das Amt eine weitere Beschäftigung der Mitarbeiter/-innen nach dem 31.12.2023 gewährleisten kann.
5. Die Personalmehraufwendungen für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 197.550 EUR werden im THH 500, Sozialamt, Kontengruppe 400 - Personalaufwendungen gedeckt.
Dem hieraus entstehenden überplanmäßigen Personalaufwand in Höhe von bis zu 197.550 EUR wird zugestimmt.
Die Verwaltung wird ermächtigt den überplanmäßigen Mittelbedarf aus der Deckungsreserve Personal im Teilhaushalt 900 - Allgemeine Finanzwirtschaft, Amtsbereich 9006120 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft, Kontengruppe 440 - Sonstige ordentliche Aufwendungen zu decken.

OB Dr. Nopper stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt ohne Aussprache einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / th

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (2)
Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt
Gesundheitsamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. GPR (2)
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand